



Brüssel, den 25. Februar 2016
(OR. en)

6346/16

SOC 87
EMPL 51
EDUC 36
ECOFIN 129

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Delegationen

Betr.: Ältere Arbeitnehmer und Arbeitsuchende

Die Delegationen erhalten anbei einen Vermerk des Vorsitzes zum obengenannten Thema im Hinblick auf die während des Mittagessens stattfindende Aussprache auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 7. März 2016.

Ältere Arbeitnehmer und Arbeitsuchende

Aussprache des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) während des Mittagessens – 7. März 2016

Hintergrund

Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Bevölkerungsalterung, die sich ständig verändernden Arbeitsbedingungen und Produktionsmuster und in jüngster Zeit der Zustrom von Flüchtlingen stellen neben anderen Faktoren die Arbeitsmärkte und Sozialschutzsysteme der EU vor große Herausforderungen. Ältere Arbeitnehmer und Arbeitsuchende sind eine wichtige Gruppe, wenn es darum geht, die aus der Überalterung der europäischen Bevölkerung erwachsenden Probleme für die Arbeitsmärkte und Sozialschutzsysteme der EU in den Griff zu bekommen.

Bei den aufeinanderfolgenden Beschäftigungsstrategien und Finanzierungsinstrumenten der EU wurde älteren Arbeitnehmern und Arbeitsuchenden stets besondere Beachtung geschenkt. Aufgrund des demografischen Wandels gibt es unter der aktiven Erwerbsbevölkerung in der EU immer mehr ältere Arbeitnehmer. Um die Nachfrage nach Arbeitskräften zu decken, die Tragfähigkeit der Sozialschutz- und Rentensysteme zu erhalten und das Beschäftigungsziel der Strategie Europa 2020¹ zu erreichen, muss diese Gruppe stärker in den Arbeitsmarkt eingebunden werden. Konkret bedeutet dies, mehr Menschen müssen ihre Lebensarbeitszeit verlängern.

Definition und Daten

Die Begriffe "ältere Arbeitnehmer" und "ältere Arbeitsuchende" sind keine statistischen Konzepte, denn ihre Bedeutung kann sich im Laufe der Zeit ändern. In der Lissabon-Agenda wurde ein "älterer Arbeitnehmer" als Person im erwerbsfähigen Alter zwischen 55 und 64 Jahren definiert. Seither hat infolge des oben erwähnten demografischen Wandels der Anteil der älteren Arbeitnehmer allgemein stetig zugenommen, insbesondere auch mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Die Definition kann zudem je nach Wirtschaftssektor unterschiedlich ausfallen.

Vor diesem Hintergrund ist die Beschäftigungsquote der älteren Arbeitnehmer in den letzten Jahren Schritt für Schritt gestiegen, wenngleich sie in einigen Mitgliedstaaten nach wie vor niedrig ist. Dieser Trend wird durch die neuesten Daten² bestätigt. Der jüngste Wirtschaftsabschwung hat die Beschäftigungsquote der älteren Arbeitnehmer tendenziell weniger beeinträchtigt als die der jüngeren Arbeitnehmer. Wenn ältere Arbeitnehmer jedoch arbeitslos werden, ist die Gefahr groß, dass sie es auch bleiben und somit in die Langzeitarbeitslosigkeit abrutschen.

¹ Eine Beschäftigungsquote von 75 % bei den 20- bis 64-Jährigen.

² In den zwölf Monaten vor dem dritten Quartal 2015 ist die Beschäftigungsquote bei den 55- bis 59-Jährigen und bei den 60- bis 64-Jährigen erheblich gestiegen (um 1,2 bzw. um 1,7 %) [Quartalsbericht der EU über die Beschäftigungssituation und die soziale Lage 02/2016].

Vielfältige politische Herausforderungen

Angesichts dieser Entwicklungen muss die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer gefördert werden. Dabei stellen sich zwei verschiedene, aber miteinander zusammenhängende Herausforderungen, nämlich dafür zu sorgen, dass ältere Arbeitnehmer weiter beschäftigt werden können und ältere Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. In dieser Hinsicht haben ältere Arbeitnehmer und Arbeitsuchende mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, so unter anderem mit der Gefahr, dass ihre Kompetenzen und Qualifikationen veralten, mit diskriminierenden Einstellungen von Arbeitgebern, mit zunehmenden Gesundheitsproblemen und mit einem schwindenden Selbstwertgefühl oder sinkender Motivation. Diese Hindernisse, die dem aktiven Altern im Wege stehen, gilt es zu beseitigen. Überdies können (an die Laufbahn gekoppelte) Tariflöhne sowie Steuer- und Sozialleistungssysteme ältere Arbeitnehmer davon abhalten, weiter zu arbeiten oder nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes eine neue Beschäftigung aufzunehmen.

Die einschlägigen politischen Maßnahmen setzen insbesondere bei der Förderung des lebenslangen Lernens an, das zu einem festen Bestandteil des Erwerbslebens werden sollte. Ältere Arbeitnehmer und Arbeitsuchende müssen vor allem neue Qualifikationen und Fachkompetenzen erwerben, die an den sich ständig wandelnden Arbeitsmarkt angepasst sind. Digitale Kompetenzen sind in diesem Zusammenhang besonders wichtig. Auch aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen, die speziell darauf ausgerichtet sind, ältere (Langzeit-)Arbeitslose wieder in Arbeit zu bringen, sollte besondere Beachtung zukommen. Darüber hinaus sollte der Schwerpunkt auf Maßnahmen liegen, die dafür sorgen, dass es sich für den Einzelnen lohnt, weiter zu arbeiten. Dabei sind gezielte, auf die jeweilige Person zugeschnittene Konzepte ausschlaggebend für den Erfolg.

In den letzten Jahren haben die Mitgliedstaaten bereits vielerlei Maßnahmen unternommen, um mehr Anreize für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu schaffen, längere Berufslaufbahnen zu fördern und Menschen zu befähigen, bis zum Erreichen des Rentenalters weiter zu arbeiten. So wurden beispielsweise Vorrustungsregelungen eingeschränkt. Zudem wurden Änderungen im Steuersystem vorgenommen, so dass Arbeitseinkommen günstiger behandelt werden als Renteneinkünfte, und viele Mitgliedstaaten haben ihre Rentensysteme geändert und insbesondere das gesetzliche Renteneintrittsalter angehoben oder sind im Begriff, dies zu tun.

Diese besonderen politischen Herausforderungen sind in den letzten Jahren auch im Zusammenhang mit der multilateralen Überwachung im Rahmen des Europäischen Semesters wiederholt erörtert worden. Durch die länderspezifischen Empfehlungen und die Durchführung von multilateralen Überprüfungen wurden Reformen im Hinblick auf ältere Arbeitnehmer und Arbeitsuchende angestoßen.

Vor diesem Hintergrund werden die Minister ersucht, sich zu folgenden Fragen zu äußern:

1. Welche Maßnahmen zur (Wieder-)Eingliederung älterer Arbeitsuchender in den Arbeitsmarkt waren erfolgreich? Welche Maßnahmen zur Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer waren erfolgreich? Welche Maßnahmen haben nicht so gut funktioniert oder sind fehlgeschlagen? Welche wichtigen Lehren lassen sich aus Ihrer Sicht daraus ziehen und welche Vorgehensweisen halten Sie für vorbildlich?
 2. Gibt es bestimmte Berufsgruppen oder Wirtschaftssektoren, in denen diese Probleme besonders akut sind? Wenn ja, sind sektorspezifische Maßnahmen erforderlich und wie sollten sie aussehen?
-